

In der Außenpolitik war für Romney bisher gegen Obama nichts zu holen, seine Zurückhaltung ist daher verständlich. Dennoch, mit der Nominierung in der Tasche wird der Druck auf den Kandidaten steigen, sich konkreter zu äußern. Zudem wird sich Romney schon bald überlegen müssen, ob er vor der Wahl noch eine größere Reise zur Stärkung seines außenpolitischen Profils unternehmen will. Eine solche Reise könnte nicht zuletzt Irritationen ausräumen, denn bisher ist unklar, wie genau sich Romney z.B. zu Afghanistan verhalten wird. Gouverneur Romney wird schnell feststellen, dass sich – entge-

gen der Rhetorik seiner Kampagne – Amerikas Verbündete keineswegs von der Obama-Administration allein gelassen fühlen, sondern sie viel mehr von Romneys großspurigen Ankündigungen verstört sind. Eine Position von Mitt Romney könnte in Europa jedoch durchaus auf offene Ohren stoßen: Sein Bekenntnis, die Verteidigungsausgaben dauerhaft auf dem heutigen Niveau zu halten, dürften vielen Staaten als Einladung dazu verstehen, ihre eigenen Verteidigungsetats weiter zurück zu fahren. Es ist aber unwahrscheinlich, dass dies wirklich im Interesse von Gouverneur Romney liegt. ■

Axel Striebeck

Amerikas Pazifisches Jahrhundert?

Neuaustrichtung der US-Außenpolitik auf die Region Asien-Pazifik

Spätestens seit November 2011 und der Veröffentlichung des Artikels »America's Pacific Century« von Hillary Clinton in der Zeitschrift »Foreign Policy« wird auch in Europa darüber diskutiert, welche Bedeutung der Neuaustrichtung der US-Außenpolitik zukommt. Wie sieht diese konkret aus? Welche Ursachen hat sie und welche Intentionen stehen dahinter? Was für Konsequenzen ergeben sich daraus für die Region Asien-Pazifik und für die Europäer?

Die Hinwendung der USA zur Asien-Pazifik-Region ist keine revolutionäre neue Idee der Obama-Administration, sondern vielmehr eine langfristige Justierung bestehender Strategien und Kapazitäten unter Berücksichtigung der aktuellen Situation in der Region. Präsident Obama und seine Regierung setzten seit Beginn ihrer Amtszeit wiederholt Zeichen, die vermuten lassen, dass Asien-Pazifik künftig eine gewichtigere Rolle in der US-Außenpolitik einnehmen wird: So führte die erste offizielle Auslandsreise von Hillary Clinton nach Japan, Indonesien, Südkorea und China. Mitglieder der Administration betonen immer wieder den Willen und die Fähigkeit der USA, Führungsmacht im



Axel Striebeck

(* 1982) studiert Wirtschaft und Politik Ostasiens an der Ruhr-Universität Bochum.

axel.striebeck@rub.de

Asien-Pazifik-Raum zu werden und es auf lange Sicht auch zu bleiben.

Neben diesen Ankündigungen und symbolischen Akten gab es aber auch handfeste Neuerungen: 2011 schlossen die USA und Australien ein Abkommen, welches die Stationierung von bis zu 2.500 US-Marines in Darwin vorsieht. Zusätzlich wer-

den ab 2012 vier US-Küstenkriegsschiffe in Singapur stationiert sein und der dortige Hafen wird ausgebaut, um Flugzeugträger warten zu können. Dazu kommen gemeinsame Übungen mit den Seestreitkräften mehrerer Staaten aus der Region, ein Ausbildungsabkommen für Spezialkräfte mit den Philippinen und die Neuorganisation der bestehenden Truppenkontingente in Südkorea und Japan.

Gemeinsam mit US-Aufklärungsflugzeugen, die von den Philippinen starten, den von Japan nach Guam verlegten US-Marines, sowie den in Japan und Südkorea stationierten Streitkräften verfügen die USA somit über eine umfassende Militärpräsenz in der Region. Ziel dieser Präsenz ist es, jederzeit, in allen Teilen der Region, über genügend Abschreckungspotenzial gegen etwaige Angreifer zu verfügen und im Falle von Krisen schnell und effektiv eingreifen zu können.

Ursachen der Anpassung

Der wichtigste Grund für die stärkere Hinwendung der USA nach Asien ist die wachsende wirtschaftliche, politische und militärische Stärke der Volksrepublik China. Viele Staaten in der Region stehen dieser neuen starken Macht skeptisch gegenüber. Japan, Südkorea und Taiwan fragen sich, ob und in welchem Umfang die USA auch zukünftig für ihre Sicherheit einstehen werden. Gleichzeitig gibt es mehrere Grenzstreitigkeiten zwischen China und seinen Nachbarn, die insbesondere im Südchinesischen Meer ein erhebliches Eskalationspotenzial bergen.

Vor diesem Hintergrund ist bereits eine Rüstungsspirale in Gang gesetzt, welche die Region insgesamt weiter destabilisieren könnte. Instabilität und die Gefahr von militärischen Auseinandersetzungen laufen aber dem US-Interesse an Sicherheit für die wichtigen Seewege entgegen, so dass die USA versuchen, ihre bis-

herigen Sicherheitsgarantien aufrechtzuerhalten, um den Rüstungswettlauf einzudämmen. Ebenso versuchen sie, den chinesischen Einfluss auf Staaten der Region einzudämmen, ohne China direkt zu konfrontieren.

Während die beschriebene strategische Lage im Asien-Pazifik-Raum den Grund für die Anpassung liefert, steckt die schwierige Haushaltslage der USA den Rahmen ab, in dem sich alle Planungen bewegen müssen: Die Militärausgaben müssen langfristig gesenkt werden, um das Schuldenproblem in den Griff zu bekommen. Durch die Beendigung des Irak-Kriegs und den bevorstehenden Abzug aus Afghanistan besteht sowohl die Chance, Kosten zu reduzieren, als auch Truppen langfristig neu zu stationieren, die bisher für Europa eingeplant waren. Experten gehen davon aus, dass es keinen radikalen Abzug von US-Truppen aus Europa, aber zukünftig eine Verteilung der im Ausland stationierten Streitkräfte von etwa 60 % auf Asien und 40 % auf Europa geben wird. Nur mit dieser Umverteilung ist eine stärkere Präsenz in Asien bei gleichzeitig sinkenden Ausgaben realisierbar.

Folgen der Anpassung

Es bleibt abzuwarten, ob die Strategie der Obama-Administration für mehr Stabilität in der Region Asien-Pazifik sorgen kann. Einerseits könnte die intensivierte Präsenz der US-amerikanischen Truppen mehr Sicherheit für die Partner der USA garantieren und so das Wettrüsten zwischen den Staaten begrenzen. Andererseits könnte in China die Angst vor einem US-Containment weiter wachsen, was eine stärkere und aggressivere Aufrüstung der Volksrepublik zur Folge hätte.

Allerdings ist China, mit Blick auf die Sicherung seines Wirtschaftswachstums vor allem an Stabilität und Sicherheit der Seewege in der Region interessiert, so dass

Beijing die Dominanz der USA eher nicht direkt attackieren, sondern weiter vom Engagement der Ordnungsmacht USA profitieren wird. Auf absehbare Zeit erscheint die Gefahr einer militärischen Konfrontation daher gering, doch mit Nordkorea und den Territorialstreitigkeiten im Südchinesischen Meer gibt es durchaus Potenzial für unerwartete und unbeabsichtigte Eskalation. Vor diesem Hintergrund erscheint der US-amerikanische Ansatz, sich um militärische Vertrauensbildungsmaßnahmen in der Region zu bemühen, nicht nur richtig sondern auch wichtig.

Neben diesen Überlegungen zur Stabilität im Asien-Pazifik-Raum stellt sich die Frage, ob Obamas Strategie zu mehr institutionalisierter, multilateraler Kooperation führen wird, oder weiterhin bilaterale Abkommen und Partnerschaften das Geschehen bestimmen. Kritiker multilateraler Lösungen in den USA bringen vor, dass diese Form der Kooperation Washington zu abhängig von Partnern mache, den eigenen Handlungsspielraum unnötig einschränke und eine Verstrickung in Konflikte bedeute, die keine US-Interessen betreffen.

Diesem Pessimismus steht die Chance gegenüber, durch mehr Engagement der Partner in multilateralen Institutionen langfristig die Kosten der USA für die Sicherheit in der Region auf mehrere Schultern zu verteilen, ohne dass Washington seinen Einfluss in der Region Asien-Pazifik verringert. Angesichts der schwierigen Haushaltslage der USA scheint dieses zweite Argument derzeit das stärkere zu sein und spiegelt sich in der Rhetorik und den Ansätzen der Obama-Administration: Aufbauend auf dem bisherigen Netzwerk bilateraler Bündnisse werden nun kleine multilaterale Gruppen zu konkreten Themen gebildet, die sich gegenseitig ergänzen sollen.

Für die europäischen Partner der USA bedeutet die Asien-Pazifik-Strategie, dass sie zukünftig mehr Verantwortung und

Kosten für ihre Verteidigung und die Stabilität in den angrenzenden Regionen übernehmen müssen. Über diese Notwendigkeit scheint innerhalb der NATO Klarheit und Einigkeit zu bestehen, die Mittel und Wege, diese Herausforderung zu bewältigen, werden bereits intensiv diskutiert. Gleichzeitig ist den Europäern offenbar klar, dass eine stabilisierende Rolle der USA im Asien-Pazifik-Raum in ihrem eigenen Interesse liegt, denn ihr Handel mit der Region wird von den gleichen Risiken bedroht.

Chance für Europa?

Die Anpassung der US-Außenpolitik an Veränderungen und Herausforderungen in der Region Asien-Pazifik ist keine plötzliche Abkehr von Europa, sondern vielmehr eine solide, langfristig angelegte Verschiebung von Aufmerksamkeit und Militärpräsenz, die sowohl US-Interessen als auch den Interessen Deutschlands dient. Die Europäer sollten hierin keinen Verlust eigener Bedeutung sehen, sondern vielmehr die Chance, ihre eigenen, wachsenden Interessen in der Region zu wahren. Sie könnten im Asien-Pazifik-Raum vor allem diplomatisch einen Teil zum Gelingen dieser Anpassung beitragen und durch Entlastung der USA in anderen Regionen und Themenfeldern dem eigenen Verbündeten den Rücken freihalten.

Wie erfolgreich die US-Außenpolitik in dieser Region sein wird, lässt sich heute noch nicht beantworten. Wichtige Faktoren für ihr Gelingen sind jedenfalls der sensible Umgang mit China, das Eingehen auf Partner in der Region sowie Kontinuität und Stabilität bei der Umsetzung der Strategie. Nur unter diesen Umständen kann »America's Pacific Century« ein erfolgreiches und friedliches werden. ■